

täglich sich verschärfenden Spannung und wirtschaftlichen Verwirrung, unter der Europa leidet, ein Ende zu bereiten und die Reparationsfrage aus dem Sumpfe herauszuholen, in dem sie selbst mit ihr Europa zu erlösen droht, um alle Kräfte für den Wiederaufbau freizumachen, an dem Deutschland mitzuarbeiten wünscht.

Hughes' Anregung

Ende Dezember hat ein bekannter Staatsmann (Staatssekretär Hughes, D. Red.) Ausführungen gemacht, die darauf hinauslaufen, die Lösung des Problems einer von jeder politischen Einwirkung unabhängigen internationalen Kommission höchster Finanzautoritäten zu übertragen. Wir haben im Laufe unserer diplomatischen Konversationen die wichtigsten an Europas Schicksal interessierten, aber nicht unmittelbar am Ruhrkonflikt beteiligten Mächte, ohne Anträge zu stellen, davon in Kenntnis gesetzt, daß die Reichsregierung den so gewiesenen Weg für gangbar hält. Und daß nach ihrer Überzeugung das Heil nicht nur der nächstbeteiligten Mächte, sondern eines großen Teiles der Welt davon abhängt, daß dieser oder ein ähnlicher Weg beschritten wird. Nach Ansicht der Regierung sollte ein sachverständiges und unparteiisches Gremium, an dem Deutschland und Frankreich mit voller Gleichberechtigung teilnehmen, möglichst bald zusammentreten und folgende Fragen beantworten:

1. Was hat Deutschland bisher geleistet?
2. Was kann und soll Deutschland gerechterweise noch leisten?
3. Auf welche Weise können diese Leistungen bewertbar werden?

Wird dieser oder ein ähnlicher Weg beschritten, so wäre die Reichsregierung bereit, an den internationalen Kapitalmarkt wegen Bewilligung einer möglichst großen Anleihe heranzutreten, die von Deutschland mit jeder von dem Anleihefortschritt als nötig bezeichneten Sicherheit auszustatten und an Frankreich oder die Alliierten als sofortigerbarer Vorschuß zu behändigen sein würde. Die Regierung ist überzeugt und würde erforderlichenfalls durch geeignete Maßnahmen auch auf gesetzlichem Wege dafür sorgen, daß die deutschen Industrie- und Wirtschaftskreise ihre Kraft in den Dienst der so auf das Erfüllbare zurückgeführten deutschen Reparationspflicht stellen. Die nach Herausgabe des amerikanischen Vorschlags eingetretenen politischen Verschiebungen haben wir nicht unberücksichtigt lassen können. Wir haben darum die Frage aufgeworfen, wie Deutschland Sicherheit dafür verschafft werden kann, daß die über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete geräumt und vertragsmäßige Zustände im Rheinland wieder hergestellt werden. Zu praktischen Ergebnissen hat unsere Mitteilung an die fremden Regierungen nicht geführt.

Frankreichs „Sicherungen“

In einer schwer verständlichen Verquickung heterogener Dinge, die nur aus dem Wunsche einer gründlichen und raschen Ausnützung rechtswidrig angelegter Druckmittel zu erklären ist, begibt Frankreich neuerdings wieder das Problem seiner angeblich bedrohten Sicherheit in die Debatte zu werfen. Es muß befremden, wenn zu einer Zeit, wo Frankreich mit großem militärischen Aufgebot mitten im deutschen Gebiet steht, die Frage zur Erörterung gestellt wird, wie Frankreich gegen deutsche Angriffsabsichten gesichert werden kann. Diese Umkehrung der Logik scheint in der Welt ebenso wenig empfunden zu werden wie der merkwürdige Widerspruch, der in dem hin und wieder auftauchenden Besuche liegt, das Ruhrunternehmen, das doch nur französische Reparationsansprüche verwirklichen sollte, jetzt mit der Furcht Frankreichs vor deutschen Angriffen plausibel zu machen. Anstatt von der Sicherung Frankreichs zu sprechen, läge es näher, zu untersuchen, wie sich die Wiederkehr ähnlicher Attentate auf die Souveränität des Deutschen Reiches verhindern läßt, und welche Garantien zu geben Frankreich bereit ist, um im Interesse der Befriedung Europas eine ruhige Entwicklung der deutschen Verhältnisse zu gewährleisten. Sollten wir es hier mit jenem „Programm der Panik“ zu tun haben, das in den Memoiren und Dokumenten des Präsidenten Wilson bei der Darstellung der interalliierten Vorbesprechungen zum Vertrage von Versailles mit unachtsamem Carlosinus geheielt wird? Im Lichte dieser Memoiren entschleierte sich der Ruhrmarsch und die Aufwerfung der Sicherheitsfrage als die Wiederaufnahme der damals an Wilsons Widerstand gescheiterten französischen Lähmungspolitik.

Die Rheinlande bleiben deutsch.

Über schließen wir die Augen vor diesen historischen Tatsachen und prüfen wir Frankreichs Pläne, so wie sie heute in der Presse zur Erörterung gelangen. Das westliche Rheinland soll ein Bundesstaat werden, der zwar politisch und wirtschaftlich ein Teil des Reichs bleibt, aber unter eine internationale Kontrolle tritt. Man denkt an eine dauernde Beaufsichtigung durch den Völkerbund, an ein Verbot von Garnisonen und Rekrutierungen sowie an internationale Organisationen zur Verwaltung der Eisenbahnen und des politischen Sicherheitsdienstes. Durch einen besonderen Friedenspakt Deutschlands mit den anderen Mächten soll die Regelung geklärt werden. Diese Pläne lassen außer acht, wie sehr schon der Vertrag von Versailles dafür sorgt, vermeintliche Angriffsabsichten Deutschlands zu unterbinden. Deutschlands Entwaffnung ist durchgeleitet. Pläne, die sich mit der Errichtung eines selbständigen rheinischen Bundesstaats oder der Übertragung von Verwaltungs- befugnissen auf internationale Organisationen beschäftigen, gehen noch über den Vertrag von Versailles hinaus und sind für uns undiskutierbar. Diese Pläne, die für die angeblich erstrebte militärische Sicherung Frankreichs wertlos und für jedes deutsche Empfinden unerträglich sind, haben nur dann einen Sinn, wenn Frankreich die Herauslösung der Rheinlande aus Preußen als erste Etappe einer Entwicklung anstrebt, an deren Ende die Trennung der Rheinlande vom Reich und die Errichtung eines autonomen Rheinlandes stehen soll. Zu einer solchen Entwicklung die Hand zu bieten oder auch nur Voraussetzungen zu schaffen, die dazu führen könnten, ist keine Regierung in Deutschland bereit. Die Rheinlande und die Mitteländer sind und bleiben deutsch. (Lebh. Weif.) Eine Loslösung von deutschen Volks- oder Reichskörper, gleichviel, ob sie sich als Entweihung oder unter anderer Maske andahnt, wird keine deutsche Regierung hinnehmen, und ebenso wenig annehmbar ist für uns eine weitere Schwächung unserer Souveränität, in welcher Form auch immer sie angestrebt werden mag. Wenn die französische Regierung den Wunsch hat, künftigen Gefahren vorzubeugen, dann möge sie darauf verzichten, im deutschen Volk immer von neuem Erbitterung gegen Frankreich wachzurufen. Was wir tun können, um vorgetäuschte oder wirklich vorhandene Besorgnisse zu zerstreuen, das liegt auf dem

Gebiete des Burgfriedens der am Rhein interessierten Staaten, den wir im Dezember vorigen Jahres vorgeschlagen haben und den Herr Poincaré zurückwies. Unser Vorschlag war nicht starr und unabänderlich, sondern Modifikationen zugänglich hinsichtlich des Plebiszits, der Person der Garanten und der Geltungsdauer. Auch zu weitgehenden Schiedsgerichtsverträgen und anderen friedenssichernden Vereinbarungen war und ist die Reichsregierung bereit, wenn die Vereinbarungen auf dem Boden der Gegenseitigkeit ruhen und unsere Souveränität unangetastet bleiben. Wer sich damit nicht begnügt, verfolgt unter dem Deckmantel der Besorgnis um seine Sicherheit andere politische Ziele.

Etappenweise Räumung unannehmbar.

Sollte wieder einmal die Welt im Begriff stehen, sich durch ein Schlagwort des Siegreichen und in Waffen starrenden Frankreichs zu Ruh und Frommen französischer Machtgier täuschen zu lassen? Dieses Schlagwort wird zur selben Zeit in Umlauf gesetzt, wo Frankreich einen schweren Rechtsbruch gutzumachen hat. Es ist verblüffend, daß in einem Augenblick, da die stärkste Militärmacht der Welt an vielen Stellen in deutsches Gebiet eingebrochen ist, nicht etwa der Ueberfallene nach Schutz gegen den Einbrecher, sondern der Einbrecher nach Schutz gegen den Ueberfallenen ruft, und noch verblüffender wirkt es, daß er dafür Verständnis findet, während die Forderung des Ueberfallenen nach Räumung des Einbruchgebietes als Zeichen moralischer Verdotheit der Kritik begegnet. Unbetört durch diese Kritik wiederhole ich, daß eine Lösung, die das Ruhrgebiet und die anderen vertragswidrig besetzten Gebiete im Stich läßt, die sich mit der Entrechtung der Rheinlande abfindet, die die Rückkehr unserer verhafteten oder ausgewiesenen Volksgenossen zur Freiheit und zur Heimat und ihre Schablottung nicht sicher stellt, daß eine solche Lösung für die Reichsregierung unannehmbar ist. Ich möchte hier ausdrücklich und in aller Form erklären, daß seit jenem 22. November, wo mir der Herr Reichskanzler die Ehre erwies, mich um meine Mitarbeit zu ersuchen, bis zum heutigen Tage nie und in keiner Frage auch nur der Schatten einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem Leiter der Gesamtpolitik und dem Minister des Auswärtigen bestanden hat.

Ebenso unannehmbar ist für die Regierung das in Brüssel beschlossene, in Paris betätigte und in Dänkirchen erneut veränderte System etappenweiser Räumung, das die Bevölkerung des Einbruchgebietes einer angeblich nur zweitwöchigen, in der Praxis dauernden Lohnsklaverei für Frankreich ausliefern würde. Treue um Treue! (Beifall.)

Starrsinnig und unfriedfertig hält der französische Ministerpräsident an seinen Irrtümern, an seinen falschen Argumenten und seinen genugsam bekannten Machtzielen fest. Und so ist auch diese letzte Rede des Herrn Poincaré eine Predigt der Ge-

Zustimmung der Parteiführer.

Beginn der Debatte.

Hg. Müller-Franken (Soz.): Wir müssen uns damit abfinden, daß es anscheinend nicht zu viel Freunde Deutschlands in der Welt gibt. Wenn es anders wäre, dann wäre vier Jahre nach Abschluß dieses Krieges der Einbruch in das Ruhrgebiet ebenso wenig möglich gewesen wie die Rede des französischen Ministerpräsidenten in Dänkirchen. Wenn also auch von neutraler Seite nichts zu erwarten ist, so legt uns das die Pflicht auf, zu prüfen, ob nicht von deutscher Seite selbst eine Politik gesteigerter Aktivität zu entspringen wäre. Wir dürfen hier nicht auf ein Wunder warten, das wäre keine Politik. Ein großes Aktivum ist es, daß sich der deutsche Widerstand ganz auf die passive Resistenz eingestellt hat. Das hat uns wirklich Sympathien in der Welt eingebracht. Herr Poincaré mag sich nicht täuschen: Wenn dieser bewundernswerte Mut der Bevölkerung am Rhein und an der Ruhr noch weiter gezeigt werden muß, so wird er gezeigt werden! Aber die Bevölkerung, die so Großes geleistet hat, besitzt das Recht, zu verlangen, daß der Weg dieses Mut abgekurzt wird, soweit wir aus eigener Kraft dazu in der Lage sind. Welche Mittel gibt es, um den französischen Militarismus wieder aus dem Ruhrgebiet heraus zu manövrieren? Als völlig untauglich kommt dabei der aktive Widerstand in Betracht. Er ist in der Lage der Deutschen faktisch unmöglich. Auch nach englischer Auffassung ist die passive Resistenz Deutschlands der beste Beweis dafür, daß keine Entwaffnung in der Hauptsache durchgeführt ist. Herr Poincaré behauptet das Gegenteil, weil er es für seine Zwecke braucht. Aber ich möchte doch darauf hinweisen, wie ungeheuerlich es ist, daß es angesichts solcher Ermahnungen in Frankreich gestern wieder vorkommen konnte, daß in München 6000 Mann Hitler-Gardisten Felddienstreifen abhalten konnten. Das ist geradezu Lieferung von Beweismaterial für die französischen Gewalttäter. Wie lange will die bayerische Regierung diesen verbrecherischen Unfug noch dulden? Will sie nicht, wenn sie nicht den Mut aufbringen kann, dagegen einzuschreiten, lieber abdanken, als Deutschland fortwährend den Gefahren aussetzen, wie das täglich in München geschieht? In Norddeutschland ist dafür gesorgt, daß die Bäume dieser Leute nicht in den Himmel wachsen. Die Ruhrbevölkerung hat jede Gelegenheit benützt, um zu zeigen, daß sie mit solchen nationalstiftlichen Treibern nichts zu tun haben will. Sie fordert von der Regierung energische Maßnahmen, damit der Erfolg ihres Kampfes nicht durch nationalstiftliche Pöbel gefährdet wird. Der passive Widerstand steht, das stellen wir ausdrücklich fest, auch heute noch auf seiner Höhe, und weil das der Fall ist, können wir getrost Mutes unsere Lage überprüfen. Die Ziele der französischen Politik werden sich in dem Augenblick zeigen, in dem wir zu Verhandlungen kommen. Wir wünschen auch aus diesem Grunde den Tag der Verhandlungen heran, in denen über alle diese über den Dauerfrieden Europas entscheidende Fragen Klarheit geschaffen wird. Um an dieses Ziel zu gelangen, fordern wir eine Politik, die den Weg zu Verhandlungen erleichtert. In der Etappe ist schon öfter gefordert worden, daß erst nach der Räumung des Ruhrgebietes verhandelt wird. Die Regierung hat sich niemals in diesem Sinne festgelegt, und die Massen im Ruhrgebiet, die den Kampf führen, haben solche Forderungen niemals erhoben. Es darf kein Zweifel darüber sein — das sagen auch wir —, daß jede Verhandlung das nächste Ziel haben muß, daß die Räumung des Ruhrgebietes in kürzester Frist erfolgt.

Wie kommen wir zu solchen Verhandlungen? Das ist die Schicksalsfrage für die Ruhe Europas. Immer wieder stößt man in der Welt auf das Verlangen, Deutschland möge ein präzises Angebot machen. Ein einfacher Weg wäre nach unserer Auffassung der, daß ein direktes Angebot an die Gesamtheit der Alliierten gemacht würde, bei der natürlich nicht die

walt. Sie hat dem Verständigungsgebanken einen schlechten Dienst erwiesen. Aber die Gewißheit, daß die Geschäfte über ihn und sein Evangelium hinwegschreiten wird, gibt mir den Mut, losgelöst von allem technischen Detail der L-gesprochene und unbedenklich um die Schismen von Dänkirchen folgendes zu sagen: Ein Verhängnis ist es, daß seit Jahrhunderten Frankreich und Deutschland nie zu einem rechten Frieden gelangen konnten. Im Wechsel der geschichtlichen Geschehnisse und der Kämpfe, die auch uns so tiefe Wunden geschlagen haben, gewann bald das eine, bald das andere Volk den Vorrang. Es mag sein, daß es für denjenigen, dem die Welle des Schicksals gerade nach oben getragen hat, schwerer ist, als für denjenigen Teil, der unterlag, Maß, Besonnenheit und Vernunft walten zu lassen. Daß es möglich ist, solche Selbstbeherrschung zu üben, zeigt das Beispiel Bismarcks, der nach 1871 mit bewunderungswürdiger Weisheit auf Schonung des unterlegenen Gegners bedacht und nie im Wege, oft sogar beifällig war, als Frankreich nach neuen Entwicklungsmöglichkeiten suchte. Vielleicht ist es auch für das französische Temperament schwieriger als für die kühnere deutsche Wesensart, sich in der Ausnutzung der einmal gewonnenen Ueberlegenheit zu beschränken. Aber Mangel an Maß war noch immer kurzfristige Politik, und das richtig verstandene Interesse weist auch den Sieger auf den Weg der Verständigung hin.

Die Völker Deutschlands und Frankreichs haben nur eine Wahl: Entweder miteinander zu leben oder miteinander unterzugehen. Wenn Frankreich sich dazu entschließt, Deutschlands Recht auf Freiheit und Existenz anzuerkennen, sein Gebiet und seine Souveränität zu achten und auf Demütigungen seines Nachbarn ebenso zu verzichten, wie dieser Nachbar nicht daran denkt, Frankreichs Ehrgefühl zu verletzen, so wäre das Eis gebrochen. Dann könnte sich der Traum vieler guter Europäer erfüllen, die sich von der wirtschaftlichen Kooperation der beiden Völker einen neuen Aufschwung Europas erhoffen.

Solange aber Frankreich die Kraft zu diesem Entschluß nicht findet, gibt es für uns nur eins: Weiter die Föhne aufeinander zu blasen und im Vertrauen auf unser Recht, gestützt auf die stillen Kräfte unseres Volkes, auf seinen Willen zum Leben und seine Liebe zum Land im Widerstand auszuharren. Die Reichsregierung wird sich nicht dazu hergeben, zur Beseitigung gegenwärtiger Schwierigkeiten die Zukunft zu opfern. Die Erkenntnis aber, daß es sich im Rheinland und an der Ruhr um unsere Zukunft handelt, um das Glück unserer Kinder und Kindeskinde, diese Erkenntnis ist es, die uns, der heute Lebenden Generation, die Pflicht auferlegt und die Kraft gibt, die Probe zu bestehen. (Lebhafter, anhaltender Beifall, Händeklatschen bei den Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und auch auf den Tribünen.)

Totalsumme in Betracht kommt, sondern es sehr wesentlich auf die Modalitäten der Zahlung ankommt, die einzeln erst dann vereinbart werden könnten, wenn wir die Brücke zu einem internationalen Konsortium geschlagen haben, das die Gelder zu geben hat, die zunächst den Franzosen und Belgiern für Reparationszwecke zur Verfügung gestellt werden. Ein solches Angebot muß erstens den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete ermöglichen. Frankreich gibt vor, für diesen Zweck 26 Milliarden Goldmark zu gebrauchen, während für Belgien 5 Milliarden Goldmark nach den vorgenommenen Schätzungen eingesetzt werden müßten. Zweitens müßte Deutschland den Geldgebern Garantien geben für die Verzinsung und Tilgung der Anleihe. Drittens müßte auf die deutsche Leistungsfähigkeit Rücksicht genommen werden. Es ist selbstverständlich, daß, wenn fremde Gläubiger ihr Geld für Deutschland engagieren sollen, auch mit der Politik der Sanktionen Schluß gemacht werden muß. Die für den Wiederaufbau Nordfrankreichs und Belgiens genannten Summen liegen ziffernmäßig so nahe bei der Gesamtsumme, die wir im Januar anzubieten bereit waren, daß es doch eigentlich möglich sein müßte, die Voraussetzungen für ein konkretes Angebot zu schaffen, nachdem erneut eine Sondierung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse vorgenommen worden ist, und diese für die Garantien angepaßt sind, die zur Aufnahme von Anleihen notwendig sind. Es wäre absolut unzulässig, in einem solchen Angebot — wie von anderer Seite befürchtet wird — ein Zeichen der Schwäche zu sehen. Würde dieses Angebot abgelehnt, so wäre das nur ein neuer Antriebs für den passiven Widerstand am Rhein und an der Ruhr. Die Berg- und Hüttenarbeiter wissen, wie Wirtschaftskämpfe zu führen sind, sie stellen erst dann den Kampf ein, wenn eine Vereinbarung in sicherer Sicht ist. Gerade aus der Geistesverfassung der Ruhrarbeiter heraus wird der Wunsch nach einem deutschen Angebot laut. Sie verlangen mit Recht die Führung einer Politik, die ihre Leiden nach Möglichkeit abkürzt. Im Rahmen einer solchen Politik wünscht meine Fraktion ein deutsches Angebot. Ein deutsches Angebot würde die Bemühungen der wirtschaftlich denkenden Kreise in den Ententeländern, auch ihre Regierungen verhandlungsbereit zu machen, erleichtern.

Vor dem englisch-französischen Zirkord.

Es besteht die Möglichkeit, daß in absehbarer Zeit der englisch-französische Zirkord gesunden wird, wodurch sich unsere Stellung stark erschweren wird. Auch das nötigt uns, alles zu tun, um selbst mit in die Verhandlungen hineinzukommen. Wir haben deshalb alle Ursache, auf die vergangenen Besprechungen in London und noch mehr auf die künftigen zu achten, weil auch über die Frage der Sicherheit Frankreichs verhandelt wird. Die im Frühjahr 1919 nicht erreichten Ziele Frankreichs sind noch nicht abgegeben. Wir sehen immer noch in Frankreich Kräfte am Werk, die besorgt nach dem alten Preußen sehen, und die ganz vergessen, daß ein neuer Rheinland im Rahmen des Reiches kein größerer Hort der deutschen Demokratie sein würde als das Preußen der nachrevolutionären Zeit, das in der letzten Zeit genügend Beweise dafür geliefert hat, daß es bereit ist, gegen die Reaktion diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die nach unserer Auffassung notwendig sind. Wir sind mit dem Minister einig darin, daß der am Ende des vorigen Jahres angebotene Friedenspakt nicht als unabänderlich und starr gilt, sondern daß Veränderungen an ihm möglich sind. Wir sind auch bereit, über das Menschenalter, von dem damals geredet wurde, hinaus die Erklärung abzugeben, daß Deutschland keinerlei Krieg gegen irgendeine Macht führen will, daß also die Abmachung nicht nur nach Westen, sondern ganz allgemein gilt. Die Einleitung einer solchen Sicherungspolitik würde vielleicht die Vorbereitung Deutschlands für den Eintritt in den Völkerbund sein. Für meine Fraktion kann ich jedenfalls erklären, daß wir zu jeder Zeit